

BUND, Ulrich Mohr, Gartenstraße 21, 76879 Hochstadt
Frau
Eveline Lemke
Ministerin für Wirtschaft
Stiftsstr. 9
55116 Mainz

30. Juni 2011

Ansiedlungsprojekt für Billigsprudel in der südpfälzischen Ortsgemeinde Offenbach / Queich durch „Brandenburger Urstromquelle GmbH & Co. KG (BUQ)“

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Lemke,

wegen Ressorts überschneidender Thematik geht dieses Schreiben in gleichem Wortlaut sowohl an die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin als auch an deren Kollegin im Umweltministerium.

Gleich vorneweg eine sich aufdrängende Vergleichsrechnung: Der öffentliche Trinkwasserversorger „Walsheimer Gruppe“ im Kreis SÜW liefert 1 Liter Trinkwasser für 0,089 Eurocent. Annähernd der 500-fache Preis dürfte für den keineswegs qualitativ besseren Liter in einer Einweg-PET-Flasche zu bezahlen sein, der demnächst im südpfälzischen Offenbach für Deutschlands Discounter abgefüllt werden soll. Fazit: **Privatisierung der Trinkwasserversorgung durch die Hintertür** („water makes money“).

Mit dieser für ein Behördenschreiben etwas unüblichen Einleitung möchte Sie die BUND-Kreisgruppe Südpfalz aufmerksam machen auf das u. E. sowohl in umweltpolitischer wie auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht fragwürdige Ansiedlungsprojekt des im Betreff genannten Unternehmens. Dem Vernehmen nach soll dieser Investor bereits in anderen Bundesländern auf Ablehnung gestoßen sein.

Wir bitten daher um kritische Prüfung des Vorhabens. Beiläufig sei erwähnt, dass es auch in Wörth / Rhein ein vergleichbares und bereits fortgeschrittenes Vorhaben gibt. Dort drängt die „Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke GmbH & Co. KG“ auf das ehemalige Mobil Oil-Gelände.

Unsere Ablehnungsgründe sind vielfältiger Art:

1. Das Vorhaben verschärft die bereits durch zwei Gutachten der Darmstädter „BGS Umwelt“ 2009 und 2011 beschriebene **Grundwasserproblematik** in der unter europäischem Naturschutz stehenden Queichniederung und in den angrenzenden Agrarflächen.
2. Aus einer Tiefe von 150 bis 200 Metern (3. Grundwasserstockwerk) sollen jährlich **1,5 Millionen Kubikmeter Trinkwasser** gefördert werden. Unerwünschte Wechselwirkungen mit den darüber liegenden Grundwasserleitern können nicht ausgeschlossen werden. Summationseffekte mit der in der Nachbarschaft u. U. zu erwartenden und in eine Gesamtbetrachtung unbedingt einzubeziehenden Brun-

nengalerie für eine zentrale Feldberegnung, die aus der gleichen Tiefe schöpfen soll, dürfen hierbei nicht übersehen werden.

3. Die genannte Firma BUQ hat vor geraumer Zeit auf Abfüllung ausschließlich in **Einweg-PET-Flaschen** umgestellt. Nach eigenen Angaben produziert sie davon in Eigenproduktion jährlich 1,5 Milliarden sog. PET-Preforms. Nach deren einmaligem Einsatz dürfte es dafür nur noch wenig sinnvolle Verwertbarkeit geben.
4. Schon 2008 soll die Stiftung Warentest den hohen **Acetaldehyd-Gehalt** von 30,5 Mikrogramm/Liter bei BUQ festgestellt haben (Der selbst gesetzte Grenzwert der Branche liegt bei 10 Mikrogramm). Die mit dem Acetaldehyd-Gehalt verbundene Geschmacksbeeinträchtigung entsteht bei der Produktion von PET-Flaschen und kann gemäß Aussagen der Stiftung Warentest nach der Befüllung ins Wasser übergehen. Hersteller anspruchsvoller Markenwässer dagegen benutzen Mehrwegflaschen, bei deren Herstellung ein Acetaldehyd-Blocker eingebaut wird.
5. Nach allem, was man weiß, würde ein tägliches **LKW-Aufkommen** zwischen 300 und 400 Transporten das noch ländlich geprägte Offenbach, seine Menschen und sein Straßennetz schwer in Bedrängnis bringen.
6. Der für das Vorhaben bezifferte **Flächenbedarf** von sage und schreibe 15 Hektar (vgl. ein Rechteck von 1 Kilometer auf 150 Meter) fügt dem vor Ort bereits bestehenden hohen Versiegelungsgrad durch mehrere ebenfalls gigantische Hallen einen weiteren extremen Flächenverlust hinzu. Diese Entwicklung geht weit über das hinaus, was für eine von Weinbau und Tourismus lebende Region noch zu-träglich ist.
7. Da an eine offenbar weiträumige Verteilung des produzierten Billigwassers an Discounter gedacht ist, kann bei der projektierten Ansiedlung auf gar keinen Fall an eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe gedacht sein.

Gesamtfazit: Einem zeitgemäßen Nachhaltigkeitsgedanken genügt dieses Projekt in keiner Hinsicht. Es ist daher u. E. zu verwerfen.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir bitten Sie um Unterstützung in unserem Engagement für ein nachhaltiges Wirtschaften.

Wir bitten um Ihr Verständnis, dass wir dieses Schreiben einem größeren Personenkreis zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen

(Ulrich Mohr)